

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 12 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhofstraße 6 und von allen Anzeigen-Erscheinungen angenommen. Die schlagzeilige Beilage kostet 0 Pfennig, die Reflektierte 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder. Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklametzelle 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 16. Postfach-Konto: Berlin 62448. Dienstag, den 27. Januar 1925. Postfach-Konto Berlin 62448. 24. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.
Einladung.
Die Aufnahme der Eltern 1925 schulpflichtig werdenden Kinder hat am Donnerstag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Volksschule statt.
Schulpflichtig werden die Kinder, die bis Ende Juni d. Js. das 6. Lebensjahr vollendet haben.
Geburts- und Tauffeinde sind mitzubringen.
Birtenwerder, den 26. Januar 1925.
Der stellv. Gemeindevorsteher. Daubert.

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.
Die Handelsperre ist mit Wirkung vom 26. d. Mts. ab aufgehoben worden.
Birtenwerder, den 26. Januar 1925.
Der Amtsvorsteher. J. E. Pieper.

Hohen Neuendorf.
Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Abgabe von Umkleerklärungen für 1924.
Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 20. Dezember 1924 wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist zur freiwilligen Abgabe der Umkleerklärungen für das Kalenderjahr 1924 am 31. Januar 1925 abläuft.
Berlin, den 26. Januar 1925.
Finanzamt Niederbarnim.

Kurze Nachrichten.
— Eine französisch-italienische Unterbrechung der Pariser Wirtschaftsverhandlungen i. d. U auf die Dauer von 3 Monaten vorgenommen werden. An ersterer zuständiger Stelle ist noch nichts bekannt, doch rechnet man auch damit.
— Nachdem das Landtagsprüfamt mit einem Sozialdemokraten besetzt ist, rechnet man nicht mehr mit einer Kandidatur Braun.
— Eine U.-C.-O.-Anleihe über zehn Millionen wird heute in Amerika aufgelegt.
— Der Veltstein-Ausschuß des Preussischen Landtags hat die Wahl des Ministerpräsidenten auf den 30. Januar anberaumt.
— Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Reichsbahn ist mit einer Erhöhung der Eisenbahntarife und insbesondere der Zeitkarten zu rechnen.
— Die deutsche Antwort an die französische Wirtschaftsdelegation verlangt Auskunft über die endgültigen französischen Zolltarife.
— Hervortritt in der Kammer eine scharfe Rede gegen das Papsttum.
— In Chile ist infolge einer Militärepoche die Regierung zurückgetreten.
— Der schwedische Ministerpräsident Braunting hat sein Amt niedergelegt.

Polnische Mobilisierungsvorbereitungen?
Zu den heute aus Polen und den deutschpolnischen Grenzgebieten vorliegenden Nachrichten über polnische Vorbereitungen zu einer Mobilisierung konnte an amtlicher Stelle eine Aufklärung bisher noch nicht erlangt werden, jedoch hält man diese Nachrichten in unterrichteten politischen Kreisen nicht für unbegründet. Schon seit einigen Tagen wurden Meldungen bekannt, die über ähnliche Vorgänge in Polen berichteten. Selbstverständlich werden diese Dinge von den zuständigen deutschen Stellen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist wohl anzunehmen, daß auch der offizielle Apparat dazu benutz wird, um Aufklärungen von der Warschauer Regierung zu erlangen.

Eine portugiesische Insel versunken.
Lisbon, 25. Januar. Telegramme aus Lissabon berichten, daß die an der westafrikanischen Küste liegende kleine, zu Portugal gehörende Insel Port Alexander plötzlich vollständig im Meere verschwunden sei. Die Insel, die nur etwa 4000 Quadratmeter groß war, war von zahlreichen Vortagelefen bewohnt, die von dort aus einen blühenden Exporthandel führten. Bisher liegen nur wenige Meldungen über dieses Unglück vor, doch behauptet man, daß der Verlust an Menschenleben recht beträchtlich sei.

Schottlandfahrt des Flettners.
Das Flettners-Schiff „Duckan“ ist nach zweitägiger Reise gestern abend im Dangler Hafen von Kiel eingetroffen. Die Fahrt verlief bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von acht Seemeilen und einer Windstärke von ein bis zwei Metern in der See gänzlich glänzend. Heute und morgen werden in der Dangler Nacht Vorführungsfahrten stattfinden. Gegen Ende des Monats wird dann die „Duckan“ mit einer Holzladung nach Schottland gehen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.
Eine Rede Dr. Luthers.
Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung hatte am Sonnabend die Vertreter der Presse zu einem Bierabend eingeladen, zu dem auch der Reichsminister Dr. Luthers mit mehreren Mitgliedern seines Kabinetts erschienen war. Bei dieser Gelegenheit ergriff Reichsminister Dr. Luthers das Wort zu einer längeren Rede, in der er seine Auffassung über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik folgendermaßen darlegte:
„Wenn man z. B. von Wirtschaft und Sozialpolitik sprechen hört, so erscheint es manchmal

mal so, als wäre die Wirtschaft der Standpunkt der Arbeitnehmer und die Sozialpolitik der der Arbeitnehmer. Das ist aber ein Irrtum. Wirtschaft ist nicht möglich ohne die lebendigen Kräfte der Arbeiter, die man nicht auspumpen darf bis zum Letzten, in denen man vielmehr Teile des Volksgutes und Volksgenossen sehen muß, die fürsorglich zu behandeln sind. Sozialpolitik ist nicht möglich, ohne daß die Wirtschaft im Ganzen gedeiht und die Werte erzeugt, mit deren Hilfe die Sozialpolitik betrieben wird.“

Dieses Beispiel zeige, so schloß der Kanzler, daß wir nur durch Zusammenfassung unserer Kräfte, aber nicht durch Betonung der Gegensätze über die Hindernisse hinwegkommen würden, die uns noch in großer Zahl auf dem Wege zur Gesundung entgegenstünden.

Kutisters Kreditgeschäfte.

Untersuchung durch den Preussischen Landtag.
In der Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der von der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) gewährten Kredite (Barmat- und Kutister-Affäre) war von den Regierungsmitgliedern nur ein Vertreter des Finanzministeriums anwesend. Der Vorsitzende hielt angesichts der Bedeutung der zu verhandelnden Angelegenheit auch die Teilnahme von Vertretern des Innen- und Justizministeriums für erforderlich.
Der Regierungvertreter behandelte eingehend die Geschäfte der Staatsbank (Seehandlung) mit Kutister. Die Kredite für die Seehandlung, deren Generaldirektor Kutister war, beliefen sich bis Februar 1924 auf etwa 4,8 Millionen Mark, die wie üblich, durch doppelte Effekten, später auch durch Wechsel gedeckt waren. Ende Februar trat dann Kutister an die Preussische Staatsbank heran, um einen großen Kredit für längere Frist für eine erhebliche Transaktion zu erlangen. Mit dieser Transaktion war der Verkauf des Hannover Militärlagers gemeint, den der Regierungvertreter ausführlich behandelte. Im Falle Barmat hat die Staatsbank Kredite an sieben Annehmungen Barmats gegeben, die eine Höhe von etwa 14 Millionen Mark erreichten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab Staatsbankpräsident Schröder Auskunft über die Organisation der Bank. Er hob hervor, daß die mit Kutister getätigten Geschäfte im Gegensatz zur bisher beobachteten Vorsicht nicht der Generaldirektion vorgelegt worden wären. Ueber das Verschulden des Staatsbankdirektors Nähe wollte sich der Berichtende nicht äußern, da das Disziplinarverfahren noch schwebte.
Der Staatskommissar an der Börse ging dann auf den von der Seehandlung im Jahre 1923 gestellten Antrag auf Zulassung als Depositenbank ein. Man fand damals den Jwan Kutister, der die Aktienmajorität erworben hatte, sehr gut gegenüber, und der Antrag der Bank wurde abgelehnt und auch das Depot- und Depositenrecht wurde ihr nicht zugelassen.

Höhere Eisenbahntarife.

Die Ausschüsse und der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben in der letzten Woche in Berlin getagt. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Finanzlage der Gesellschaft und besonders die Sicherstellung der Reparationszahlungen. Die erste Rate von 100 Millionen Mark wird am 1. März 1925 gezahlt werden.

Die Finanzlage der Deutschen Reichsbahngesellschaft erwies sich immer noch als so gespannt, daß bei etwa nicht zu umgebenden Erhöhungen der Ausgaben von einer gleichzeitigen Steigerung der Einnahmen nicht abgesehen werden kann. Eine solche müßte gegebenenfalls in der Erhöhung der Personentarife und unter Umständen in der Steigerung der Tarife für die Zeitkarten gefunden werden. Unter den Tariffragen, die behandelt wurden, standen im Vordergrund die Siegerländer Erz- und Brennstoffausnahmetarife. Der Verwaltungsrat glaubte einer weiteren Herabsetzung des Siegerländer Erz- und Brennstoffausnahmetarifs nicht zustimmen zu können. Einer Herabsetzung des Brennstoffausnahmetarifs soll nur dann nähergetreten werden, wenn gleichzeitig durch Entgegenkommen der übrigen Wirtschaftskreise die Hebung des Wirtschaftsverkehrs und damit die bisherige Frachteinahme gesichert ist.
Für das System der Frachtfundungs-geschäfte der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit der Verkehrs-Kredit-Bank wurden neue Bestimmungen gegeben.

Zentrums- und Reichskabinett.
Berlin, 25. Januar. Der Reichsparteivorstand des Zentrums, sowie die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände haben auf einer gemeinsamen Tagung im Reichstag eine Entschließung gefaßt, in der die von der Zentrumskolonie im Reichstag abgebenen Erklärung zur Bildung des Kabinetts Luthers gebilligt wird.

Deutschland will klar sehen.

Trendelenburg fordert Auskunft über Frankreichs Endziel.
Die in Paris überreichte Antwort auf die französischen Vorschläge vom 17. Januar bedeutet weder eine Annahme noch eine Ablehnung dieser Vorschläge. Die französischen Vorschläge sehen ein Uebergangsregime bis zum 1. Dezember 1925 und von da ab die Unterzeichnung eines Handelsvertrages vor. Die deutsche Delegation hat nun eine genaue Mitteilung der Tariffälle für das endgültige Wirtschaftsregime erfaßt, wobei sie betonte, daß die während der vorläufigen Uebergangsperiode geplanten Zölle sie nur soweit interessieren, als völlige Klarheit über die Bestimmungen des endgültigen Handelsabkommens geschaffen werden.

Die Pariser Blätter betonen, daß die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge in Kreisen des Handelsministeriums außerordentlich enttäuscht habe, da man bestimmt damit rechnete, daß die Deutschen endgültig zu den Vorschlägen Maginadis Stellung nehmen würden. „Petit Parisien“ schreibt, die deutsche Antwortnote habe die französischen Kreise völlig ernüchert. Die Deutschen wünschten gleichzeitig über die Absichten Frankreichs während des endgültigen wie auch des Uebergangsregimes unterrichtet zu werden. Diese Forderung erscheine durchaus verständlich, da die deutschen Unterhändler angesichts der großen Schwierigkeit, mit einmally einen vollständigen Handelsvertrag zustande zu bringen, bisher grundtätig genügt schienen, ein provisorisches Abkommen bis zum 1. Dezember 1925 anzunehmen. „Petit Journal“ und „Journée Industrielle“ sprechen von einem deutschen „Schleppungsmanöver“.

Nach dem Rücktritt Brauns.

Wer wird sein Nachfolger werden?
Der Putschist, den das Kabinett Braun bei der Abstimmung über den kommunikativen Mißtrauensantrag errungen hat, hat das Schicksal des Kabinetts nicht aufheben können, zumal, da dieser ersten Abstimmung noch weitere folgten, bei denen infolge der Stimmenthaltung der drei Zentrumsmitglieder die Regierung in der Mehrheit blieb. Nach einer kurzen Besprechung der Vertrauensleute der bisherigen Regierungsparteien hat deshalb Ministerpräsident Braun in einem kurzen Schreiben an den Landtagspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts mitgeteilt, da — wie es in dem Schreiben heißt — die Haltung der Parteien ein erprobliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleistet. Der Veltstein-Ausschuß des Landtages hat sich daraufhin noch am Sonnabend mit der durch den Rücktritt geschaffenen Lage beschäftigt. Die Kabinettsbildung in Preußen ist infolgedessen schwieriger als im Reich, als der Ministerpräsident vom Landtag gewählt werden muß und dann erst sein Kabinett zusammenstellen kann.

Neuwahl des Ministerpräsidenten am 30. Januar.
In seiner Sitzung faßte der Veltstein-Ausschuß des Landtages den Beschluß, die nächste Plenarsitzung auf Freitag, den 30. Januar nachmittags 2 Uhr anzuberaumen. Für diese Sitzung steht die Wahl des Ministerpräsidenten als einziger Punkt auf der Tagesordnung. Da eine Aussprache über die Wahl der Persönlichkeit im Plenum nicht stattfinden darf, müssen sich die Parteien schon vor der Wahl einigen.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen!
Herren- u. Burschenkleidung. Jetzt kaufen Sie am besten! Eleg. mod. gestreifte Anzüge v. 28.50 Riesen-Auswahl an, neuester Ulster v. 25.— an.
Maassorsatz, ein- und zweireihig. Gummimäntel, Joppen, Paletots, Sportpelze, Hosen zu staundend billigen Preisen.
20 Invalidenstrasse 20
1 Minute v. Stett. Bahnhof, neben Postamt 4.
Wilhelm Bindel, Berlin,

